

## **FRAGESTUNDE**

Beginn: 12.25 Uhr  
Ende: 13.25 Uhr

### **1.) Leiharbeitskräfte im Haus Graz**

GR. **Luttenberger** stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch** folgende Frage:

GR. **Luttenberger**: Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Stadtrat Rüsch! Eigentlich ist meine Anfrage eine Wiederholung meiner Anfrage vom März dieses Jahres und zwar geht es, wie gesagt, noch einmal um die Frage und um die Problematik von Leiharbeitskräften, Arbeitsüberlassung und die Frage hat sich auch nicht geändert, also ich gehe davon aus, dass auch aufgrund des Zeitbudgets und Belastung möglicherweise das vergessen worden ist.

Meine

### **Frage**

wäre wie gesagt: Wie viele Leiharbeitskräfte werden derzeit in welchen Bereichen und in welchen Abteilungen des Magistrates Graz sowie in den städtischen Beteiligungen beschäftigt (Abteilungen, Anzahl der Personen)? Also, das wäre meine Frage (*Applaus KPÖ*).

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Herr Gemeinderat, ich habe mich auch schon gewundert, wieso Sie diese Frage nochmals stellen. Da hat sich offensichtlich ein Missverständnis

eingeschlichen, weil ich habe sie beantwortet und ich habe auch keine, bis auf einen Punkt, keine neuen Informationen (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) gegenüber der Beantwortung im März. Es sind noch die Antworten von mir vom Personalamt und von der Holding. Ich darf es aber gerne nochmals geben die Antwort. Wir haben im Magistrat insgesamt neun Leiharbeiter beschäftigt, davon acht über den Verein ERFA. Im Jugendamt sind es vier, Sozialamt einer, Kulturamt drei, Feuerwehr eine Person. Im Geriatrischen Gesundheitszentrum sind 25 Personen im Ausmaß von 18 Vollzeitäquivalenten beschäftigt und in der Energie Graz GmbH und mit ihrer Gesellschaft des Wärmeservice sind insgesamt 36 Personen beschäftigt. Bei einem Großteil der Beteiligungen gibt es keine Leiharbeitskräfte, nämlich beim Graz Museum, beim KIMUS, bei der Messe, GPS Grazer Parkraumservice, GBG und ITG gibt es keine Leiharbeitskräfte. Bei der Holding Graz hat es im März noch neben einigen anderen, die ich gleich nennen werde, noch 24 Personen gegeben, die bei den Spa-Services mit dem Frühjahrsputz beschäftigt waren, die sind selbstverständlich nicht mehr dort, die sind abgebaut. Es ist auch der Herbst-Putz-Schwerpunkt geplant, das heißt 24 insgesamt weniger. Längerfristig gibt es in der Holding Graz insgesamt 9,5 LeiharbeiterInnen bei einem Personalstand von zirka 1.900, das sind 0,5 % in den Beteiligungen der Holding Graz, beim SAS Waschbetriebe, Flughafen, Citycom, insgesamt 7,54 LeiharbeiterInnen bei einem Personalstand von zirka 240 Personen, das heißt also, zirka drei Prozent. Das ist die Antwort zusammenfassend das, von kurzfristigen Bedarf abgesehen, wie es beispielsweise dieser Frühjahrsputz, war eine sehr, sehr geringe Anzahl im Magistrat. Nochmals wiederholt sind es neun, davon acht über Erfa und bei der Holding sind es insgesamt auch 9,5 und bei den Beteiligungen der Holding 7,54, also ein verschwindend geringer Anteil.

**GR. Luttenberger:** Danke für die Beantwortung (*Applaus KPÖ*).

## 2) Konflikte in städtischen Wohnungen

GR.<sup>in</sup> **Schartel** stellt an StR.<sup>in</sup> **Kahr** folgende Frage:

GR.<sup>in</sup> **Schartel**: Sehr geehrte Frau Stadträtin! Im konkreten Fall liegen dem Fragesteller die relevanten Daten vor, sie können jedoch nicht in der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates benannt werden aus Datenschutzgründen. Daher soll die Problemstellung im Folgenden abstrakt umrissen werden. Im vorliegenden Fall handelt es sich um ein städtisches Wohnhaus in Mariatrost. Die Beschwerdeführerin ist selbst Mieterin und hat vertraglich zugesichert bekommen, dass es ihr ermöglicht wird, den Garten, der zu dieser Wohnung gehört, mitzubedenützen. Und eben leider diese Ausübung ihres Rechtes, die Gartenmitbenützung, gab in der Vergangenheit Anlass für zahlreiche Komplikationen, die sogar in Körperverletzungsdelikte und Polizeieinsätze mündete. Betrachtet doch eine dort ebenfalls wohnende Familie aus Bosnien den Garten als ihr Privateigentum und attackiert andere Mietparteien sowohl verbal als auch körperlich. Die Beschwerdeführerin beziehungsweise deren Tochter wurden von Ihren Mitarbeitern in jüngerer Vergangenheit des Büros verwiesen. Ein Mediationsversuch hat ebenfalls stattgefunden, blieb aber bislang ergebnislos. Nun vertritt der Anfragesteller die Ansicht, dass es zweifelsfrei zu Ihren Aufgaben gehört, auch soziale und persönliche Konflikte im städtischen Wohnbauwesen hintanzustellen. Ihre Zuständigkeit, sehr geehrte Frau Stadträtin, umfasst nicht nur Menschen mit Migrationshintergrund, sondern sie beinhaltet auch die Anliegen autochthoner Bevölkerungsgruppen.

Da Sie offenbar leider aus freien Stücken nicht bereit waren, die Beschwerdeführerin zu empfangen, respektive eine geeignete Hilfestellung anzubieten, richte ich an Sie, sehr geehrte Frau Stadträtin, namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachstehende

## **F r a g e :**

Sind Sie bereit, sich des konkreten Falls anzunehmen, die Beschwerdeführerin oder ihre Vertreter persönlich zu empfangen und gemeinsam eine Hilfestellung zu erarbeiten?

Die Kontaktdaten und die Erlaubnis, diese an Sie weiterzugeben, liegen dem FPÖ-Klub vor.

StR.<sup>in</sup> **Kahr**: Sehr geehrte Frau Gemeinderätin, liebe Andrea! Wie du ja richtig angeführt hast, ist es natürlich aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht möglich, hier genauer auf das Problem einzugehen. Deshalb denke ich mir, um wen es sich handeln kann, das kann ich vermuten aufgrund des Motivenberichtes. Ich möchte aber nur, damit im Motivenbericht auch nichts Falsches enthalten ist, ein paar Korrekturen für das Protokoll anmerken. Erstens handelt es sich hier nicht um ein Wohnhaus in Mariatrost, sondern um ein Wohnhaus von sechs Mietparteien im Bezirk Gries. Die Wohnungen sind erst vor einem Jahr übergeben worden, das muss man wissen. Zweitens, der Konfliktfall besteht nicht zwischen allen sechs Parteien, sondern zwischen zwei Mietparteien in diesem Haus ganz konkret. Drittens ist die Beschwerdeführerin oder die Anfragestellerin bei mir nach Auftreten dieses Konfliktfalles bereits gewesen und hat auch das Anliegen natürlich vorgetragen, und wie es üblich ist in einem Konfliktfall zwischen zwei Parteien, habe ich hier auch das Friedensbüro eingeschaltet, die waren auch dort, auch im Beisein der Hausverwaltung, weil das ist ja kein gemeindeeigenes Wohnhaus, sondern ein Genossenschaftswohnhaus. Aber damit mache ich schon einen Punkt, weil man müsste da noch viele Sachen anmerken. Das mit dem Gartenanteil zu dieser Wohnung stimmt nicht, es haben nur die im Parterre einen Gartenanteil, die im ersten Stock gelegenen Wohnungen haben keinen eigenen Gartenanteil, sondern da

sind die allgemeinen Flächen auf diesem Areal zur Mitbenützung. Das sind aber 12 Punkte, die schon auch gemeinsam besprochen worden sind mit dem Friedensbüro, mit der Hausverwaltung, die sind auch abgearbeitet worden. In der Zwischenzeit haben aber beide BeschwerdeführerInnen vorgezogen, eine anwaltliche Vertretung in Anspruch zu nehmen, das läuft derzeit auch, deshalb hat auch das Friedensbüro in der Zwischenzeit diesen Fall ruhend gestellt, weil sie ja in diesem Konfliktfall über Gericht nicht eingreifen können und dürfen, sind aber bereit, nach Beendigung dieses Rechtsstreites sozusagen den Fall, wenn gewünscht, wieder aufzunehmen. Und zur konkreten Anfrage, die du jetzt an mich gestellt hast, ich habe im Jahr 1.120 persönliche Termine bisher schon bei mir gehabt, wenn die betreffende Beschwerdeführerin wieder einen bei mir haben möchte, kann sie den natürlich, wie jeder und jede andere auch, bei mir wieder selbstverständlich haben. Muss sich natürlich aber auch telefonisch anmelden und nicht, so wie vor kurzem, und das dürfte auch der Anlassfall gewesen sein, warum sie sich an dich oder an euren Klub gewandt hat, nicht plötzlich vor meinem Bürotisch stehen und auf einen Termin bestehen im Wissen, dass ich einen Termin habe, wo ich in einer Minute weg muss. Das war der Grund (*Applaus KPÖ*).

GR.<sup>in</sup> **Schartel**: Also ich gehe jetzt davon aus, dass wenn die Person zu uns kommt und sagt, sie wohnt in einer städtischen Wohnung in der Mariatroster Straße, dass die Person weiß, wo sie wohnt. Deshalb würde ich dich nur bitten und fragen, ob du eben bereit wärst, diese Kontaktdaten, die bei uns im Büro aufliegen, sozusagen in Empfang zu nehmen und dass wir für diese konkrete Person einen Termin bei dir bekommen.

StR.<sup>in</sup> **Kahr**: Diese betreffende Person hat einmal in der Mariatroster Straße gewohnt und hat einen genehmigten Wohnungswechsel in das betreffende Wohnhaus, wo ich jetzt einfach das auch nicht konkret hier benennen möchte, weil sonst weiß schon jeder bitte, wer das ist, hier nennen möchte. Sie hat einmal dort gewohnt und wohnt jetzt eben, wie gesagt, im Bezirk Gries in einem Sechs-Parteien-Wohnhaus und selbstverständlich kann sie einen Termin bekommen, wenn sie anruft in meinem Büro und einen Termin ausmacht (*Applaus KPÖ*).

### **3) Anschließung Grieskai 88 – 106 an öffentliches Verkehrsnetz**

GR. **Stöckler** stellt an StR. Mag. (FH) **Eustacchio** folgende Frage:

GR. **Stöckler**: Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, werter Herr Stadtrat Eustacchio! Meine Frage richtet sich an dich betreffend die Anschließung des Grieskais 88 bis 106 an das öffentliche Verkehrsnetz. Wie wir alle wissen, sind dort sehr viele öffentliche Einrichtungen präsent, nicht nur das BG West, die BVA, das Physio Mur, Volksschule und die Synagoge, sondern es sind in den letzten Jahren auch sehr viele neue Bürogebäude dazugekommen, die den Besucherstrom natürlich bedeutend erhöht haben. Bei einer Evaluierung aus dem Jahr 2008 hat es einen Besucherstrom von 1.200 Personen pro Tag in diesen Gebäuden gegeben, das hat sich natürlich jetzt in den letzten Jahren durch die Erweiterung des BG West und den Bezirkssprengel Frohnleiten, der 18 Gemeinden aus dem Bezirk Frohnleiten betrifft, bedeutend erhöht und des weiteren auch mit dem UPC-Gebäude in der Nähe dort. Und weitere sechsstöckige Wohngebäude. Hinzu kommen jetzt noch insgesamt fast 350 Bedienstete zum Besucherstrom in diesen Gebäuden dort und da gibt es natürlich auch eine sehr prekäre Parkplatzsituation durch diese enormen Ströme.

Jetzt ist die

## **F r a g e**

von mir an dich: Bist du bereit, mit der Holding Graz Linien und den zuständigen Magistratsabteilungen eine zeitgemäße besucher- wie nutzerfreundliche Anbindung des Grieskais an das öffentliche Verkehrsnetz zu erarbeiten sowie dem Gemeinderat einen Bericht bis zur Dezembersitzung 2013 zukommen zu lassen?

StR. Mag. (FH) **Eustacchio**: Herr Gemeinderat, lieber Peter! Eine natürlich nicht neue Forderung. Die Verkehrsplanung hat sich mit dem Thema natürlich schon auseinandergesetzt klarerweise. Ich darf einmal die Ist-Situation erläutern. Der gesamte Bereich des Grieskais wird derzeit durch die Straßenbahnlinie 5, Haltestelle Karlauer Gürtel im Süden, und die Buslinie 39 und 67, Haltestelle Karlauer Kirche und Albert-Schweitzer-Gasse im Einzugsbereich von 300 Metern Luftlinie, welche als zumutbarer Einzugsbereich fachlich anerkannt ist, erschlossen. Die konkreten Wegelängen von den Haltestellen betragen bei der Linie 5, Haltestelle Karlauer Gürtel, 315 Meter, Linie 39 und 67, Haltestelle Karlauer Platz, 485 Meter, Linie 39, 67, Haltestelle Karlauer Kirche, 385 Meter, Linie 5, Haltestelle Karlauer Gürtel, 535 Meter und Linie 39 beziehungsweise 67, Haltestelle Karlauer Kirche, 290 Meter bis zum BG West. Das wird auf das BG West bezogen. Und jetzt kommt natürlich die notwendige Zusatzinformation, wie soll das in Zukunft gestaltet werden? Derzeit ist für das Jahr 2016 eine Gleissanierung der Straßenbahnlinie 5 im Bereich des Karlauer Gürtels vorgesehen. Im Zuge dieser Arbeiten wäre eine Verlegung der Haltestelle Karlauer Gürtel von der Kreuzung Karlauer Gürtel/Herrgottwiesgasse zur Kreuzung Karlauer Gürtel/Lagergasse möglich. Dieses Projekt liegt seit Jahren vor. Mit der Umsetzung dieser Maßnahmen würde sich der Fußweg zum Beispiel zur BVA und zum

BG Graz West um rund 140 Meter verkürzen. Das ist das Angebot beziehungsweise die Lösung, die jetzt von der Verkehrsplanung vorliegt, die auch von der Finanzierung her machbar wäre (*Applaus FPÖ*).

#### **4) Wiederherstellung von zerstörten Vorgärten**

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Pavlovec-Meixner** stellt an StR.<sup>in</sup> Kahr folgende Frage:

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Pavlovec-Meixner**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Stadtsenatsmitglieder, liebe Kolleginnen und Kollegen und liebe Gäste auf der Tribüne! In meiner Frage geht es um die Wiederherstellung von zerstörten Vorgärten. Wir alle wissen, dass es in Graz sehr viele, sehr schöne Vorgärten gibt, aber auch leider gegeben hat und dass die Vorgärten genauso wie die Innenhöfe eine sehr wichtige ökologische Funktion haben für Flora und Fauna, einen wichtigen Teil der Grünraumausstattung darstellen und auch für das Kleinklima in der Stadt eine bedeutende Funktion haben.

Die Stadt Graz hat sich in den letzten Jahren, unter anderem durch Projekte wie „Grazer Innenhöfen beleben“, bemüht, zur Revitalisierung dieser Grünoasen beizutragen. Wir haben uns auch sehr bemüht, bei der Entwicklung des Stadtentwicklungskonzeptes 4.0 für die Vorgärten und die Innenhöfe sehr gute Rahmenbedingungen zu schaffen. Zum Beispiel steht jetzt in der Verordnung: Schutz und Revitalisierung von Innenhöfen und Vorgärten in geschlossenen Siedlungsbereichen insbesondere durch den Erhalt und die Fortführung der bestehenden Vorgartenzonen und das Fernhalten des ruhenden motorisierten Verkehrs von der Oberfläche, verbindlich festzuhalten.

Die Realität sieht leider anders aus, geht man zum Beispiel durch die Klosterwiesgasse, sieht man, wie viele Vorgärten dort zerstört wurden, wie viele

Autos dort parken. Aktuelle Beispiele sind zum Beispiel der Hafnerriegel 14, wo gerade ein Vorgarten, sind gerade so Platten verlegt worden, oder in der Peinlichgasse/Ecke Franckstraße beziehungsweise ein Vorgarten, der auch durch die Medien gegangen ist, ist der Vorgarten in der Parkstraße 7, der zwar hergestellt wurde, aber in einer Art und Weise, dass es auch möglich ist, dort Autos zu parken. Und wir haben das auch mit Fotos belegt, dass das auch tatsächlich passiert und deine Abteilung ist dann auch eingeschritten und hat einen Kontrollor geschickt, das weiß ich und dafür möchte ich mich auch bedanken.

Meine

### **F r a g e**

ist jetzt allgemein: Bist du bereit, die Wiederherstellung von Vorgärten in Graz voranzutreiben und welche Maßnahmen wirst du dafür setzen (*Applaus Grüne*)?

StR.<sup>in</sup> **Kahr**: Liebe Andrea! Auf jeden Fall, das ist der Schutz der Vorgärten, das ist auch mir und meiner Fraktion selbst immer ein großes Anliegen gewesen. Ich bin diesbezüglich auch froh, dass ich für die Bau- und Anlagenbehörde in diesem Bereich jetzt die Zuständigkeit habe und seitdem ich diese Verantwortung habe, ist auch in diesem Bereich ein sehr, sehr großes Augenmerk gelegt worden und es wird es auch weiterhin sein. Es hat vor vielen Monaten eben auch ganz kurz nach meiner Funktionsperiode diesbezüglich auch intensive Gespräche nicht nur mit der Frau Gertraud Prügger, sondern auch mit der ASVK, mit interessierten BürgerInnen und auch dem Altstadtanwalt, Herrn Hofrat Ruprecht, gegeben, dass besonders darauf zu achten ist, dass die Vorgärten nicht nur erhalten bleiben, sondern sie auch von Parkplätzen nutzungsfrei gehalten werden. Es wird aber nicht nur kontrolliert, weil

das Kontrollieren ist die eine Sache, das wird jetzt auch sehr, sehr stark und vermehrt gemacht, sondern es ist auch wichtig, dann bei Bedarf einen entsprechende Wiederherstellungsbescheid zu erlassen. Das wird auch gemacht, zum Beispiel, und da bin ich jetzt auch ganz konkret bei deinen Fällen, die du ja anführst. Franckstraße/Peinlichgasse: Hier hat der Eigentümer, das muss man fairerweise auch anführen das gesamte Wohnhaus in einem sehr, sehr langen Prozess umfassend saniert, auch innen drinnen, es ist ein sehr, sehr schützenswertes und wunderschönes Haus, das er mit sehr, sehr viel Liebe und Akribie saniert hat. Richtig ist, dass er den Vorgarten genutzt hat und Einsatzfahrzeuge, die halt für die Sanierung dort notwendig waren, geparkt haben, das ist nicht in Ordnung. Die Bau- und Anlagenbehörde hat hier schriftlich von ihm einen Aktenvermerk, dass er sich verpflichtet, diesen Vorgarten bis April 2014 wieder herzustellen. Das ist jetzt natürlich eine gute Absicht, die zwar schriftlich vermerkt ist, wir haben aber gleichzeitig hier auch einen Wiederherstellungsbescheid rausgegeben, damit hier auch eine Rechtssicherheit gegeben ist. Betreffend Parkstraße 7, da ist der Vorgarten, wie du angesprochen hast, schon wiederhergestellt worden. Das ist auch passiert, weil es eben die Kontrollen und die Auflagen durch die Bau- und Anlagenbehörde gegeben hat. Wichtig ist aber auch zu erwähnen, dass natürlich das vorhandene Regelwerk Bau- und Anlagenbehörde dem Besitzer jetzt sozusagen nicht genau vorschreiben kann, was er dort zu bepflanzen hat. Auf jeden Fall hat die ASVK und der Hofrat Ruprecht mit der Vorgehensweise, wie die Wiederherstellung erfolgt ist, sich einverstanden erklärt. Wir haben weiterhin auch den zuständigen Kontrollor gebeten, auch fotografisch festzuhalten, sollte der Inhaber dieses Grundstückes dort einen Pkw stehen haben. Beim Hafnerriegel 14, diesen Fall kennen wir genauso, das haben wir auch geprüft, dort ist das Problem, dass dieses Grundstück eben außerhalb der Schutzzone liegt und so fehlt der Bau- und Anlagenbehörde ganz konkret die Handhabe, eben einen Wiederherstellungsbescheid zu verlangen und da kann man nur mit dem Instrument des Stadtentwicklungskonzeptes, wie du das schon angesprochen hast, das ja in sehr löblicher Weise den Schutz der Vorgärten auch

außerhalb der Altstadtsschutzzone gewährt, aber man muss dazusagen, dort hat die Bau- und Anlagenbehörde nur im Rahmen von Baubewilligungen die Möglichkeit, im Antrag dann der Baubewilligung reinzuschreiben, dass der Vorgarten zu schützen und freizuhalten sind von Pkw. Nicht wenn kein Bewilligungs- oder ein Antrag bei uns aufliegt zu einer baulichen Veränderung. In dem konkreten Fall hat es aber auch aufgrund, weil die Bau- und Anlagenbehörde hier tätig geworden ist, ein gemeinsames Treffen gegeben mit dem Altstadtanwalt und der Frau Prügger und dem Herrn Dr. Windisch, dort kann man nur versuchen auf den Eigentümer in persönlichen Gesprächen einzuwirken und auf die Schutzwürdigkeit hinzuweisen, aber rechtlich haben wir dort bei diesem konkreten Projekt keine Möglichkeit (*Applaus KPÖ*).

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Pavlovec-Meixner**: Meine Zusatzfrage ist, ob du in Zukunft Auflagen bezüglich der Gestaltung der Vorgärten in Bescheiden festlegen wirst?

StR.<sup>in</sup> **Kahr**: Wenn es rechtlich möglich ist, ich habe bisher gegenteilige Informationen bekommen, gerne, also daran soll es nicht scheitern. Aber ansonsten, also ich sehe die Gefahr eher bei den Vorgärten, die außerhalb der Altstadtsschutzzone liegen, und dort wäre eine Änderung, eine rechtliche, nur möglich über das Steiermärkische Baugesetz (*Applaus KPÖ*).

## 5) Fahrscheinlos in Graz?

GR. **Pacanda** stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch** folgende Frage:

GR. **Pacanda**: Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Stadtrat Rüsch! Folgende Frage: Seit 9. September kann man ja durch die Grazer Innenstadt mit der Straßenbahn fahrscheinlos fahren. Was wir in Summe als einen möglichen ersten Schritt in Richtung fahrscheinlosen öffentlichen Verkehr in ganz Graz sehen und deswegen die

### **Frage**

an Sie: Welche notwendigen finanziellen Rahmenbedingungen und Maßnahmen sind aus Ihrer Sicht vorzusehen, um dieses regional begrenzte Pilotprojekt auf ganz Graz auszuweiten?

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Herr Gemeinderat! Ich bin jetzt nicht in der Lage, da eine abschließende Antwort zu geben, aber ich kann Ihnen ein paar Kriterien oder jedenfalls einige wesentliche Informationen zu der Frage stellen. Das Erste, was passiert ist, dass die Holding Linien nach derzeitigem Stand zirka 45 Millionen Euro pro Jahr nicht bekommen, das ist die Höhe der Eintrittsgelder, die die Holding erzielt. Da kann man natürlich gegenüberstellen, dafür brauchen wir auch keine Fahrscheinautomaten, wir brauchen keine Kontrolle. Das sind relative Peanuts in diesem Zusammenhang, die Kontrolle ist ohnehin eine sich selbst finanzierende Einrichtung, Fahrscheinautomaten muss man vielleicht alle zehn Jahre erneuern, kostet einer Größenordnung, was weiß ich, 500.000/700.000 in dieser Größenordnung, also ist in diesem Zusammenhang als Kostenersparnis außer Acht zu lassen. Die nächste Frage ist, wie viel zusätzliche Fahrgäste sind zu erwarten. Da gibt es völlig unterschiedliche Angaben von null, und zwar durchaus null, weiß nicht, ob

man das ernst nehmen kann, will ich nicht bewerten, ist ungefähr zu 30 %. Wenn es 30 % wären, habe ich mir die Angaben von den Holding Linien gehört, dann muss man ungefähr mit einem Ankauf von zusätzlichen Bussen, Ankauf zusätzlichen Straßenbahnen, ist völlig klar, 30 % würde die Kapazität des derzeitigen Angebotes weit übersteigen. Das ist laut GVB, ich nenne es jetzt auch einmal ohne Kommentar, eine Investitionssumme von 100 Millionen Euro. So damit will ich es einmal bei den groben Angaben belassen und sage es Ihnen einmal aus finanzwirtschaftlicher Sicht. Wir haben einen Stabilitätspakt abgeschlossen, drei Parteien, der den Budgetpfad, das heißt, Einnahmen und Ausgaben, Investitionen und Schuldaufnahme bis zum Jahr 2017 festhält. Es gibt drei Möglichkeiten: Entweder wir sagen ok, wir verlassen diesen Stabilitätspakt, wir nehmen den nicht mehr ernst und nehmen mehr Schulden auf. Zweite Geschichte ist, wir denken uns irgendeine Steuer oder Abgabe der Haushalte, sodass halt die Finanzierung unmittelbar von der Grazer Bevölkerung übernommen wird und die dritte Variante ist, dass wir umschichten. Wenn wir innerhalb des Verkehrsbudgets umschichten und das ermöglichen, dann ist eines klar, dann werden wir nach diesen ersten Ausweitungen ausschließlich Geld für den Betrieb aufwenden und nicht mehr für Investitionen, weil dafür dann einfach kein Platz sein wird und damit besteht natürlich die Gefahr, dass das System einfach verlottert und nach zehn oder 15 Jahren in einem sehr, sehr minderwertigen und nicht mehr sehr guten Zustand ist. Das sind aus meiner Sicht die Rahmenbedingungen, es kommen dann sehr viele Detailfragen dazu, zum Beispiel eine Frage, die in Deutschland sehr intensiv bearbeitet wurde, wer wechselt denn überhaupt bei unentgeltlicher Nutzung? Sind es tatsächlich hauptsächlich Autofahrer oder sind es nicht Fußgänger, Radfahrer, mit dem offenen Ergebnis jedenfalls, dass auch von den Fußgängern und Radfahrern ein beträchtlicher Anteil zu erwarten ist. Das sind ein bisschen die Rahmenbedingungen aus finanzwirtschaftlicher Sicht, natürlich kann man sagen, aus verkehrspolitischer Sicht ist es nicht meine Aufgabe, ok, wir wollen das und wir werden halt einer der drei Varianten beschreiten. Stabilitätspakt verlassen, zusätzliche Abgabe der

Bevölkerung oder ein Geld dann ausschließlich für Betriebsabgänge zu verwenden und nicht mehr viel Investitionen (*Applaus ÖVP*).

GR. **Pacanda**: Dankeschön für die Beantwortung. Ich glaube, man muss das ja auch in die Richtung sehen, dass das feinstaubtechnisch sicher auch einen Vorteil hätte, wenn man dementsprechend die Menschen zum Umstieg bringt. Man weiß es nicht genau, was passiert, ich hoffe auch, dass dieses aktuelle Pilotprojekt, gehe ich davon aus, dass es wissenschaftlich begleitet ist, weil das wäre nämlich, glaube ich, dann das Interessante. Ich gehe davon aus, dass das aktuelle Pilotprojekt auch wissenschaftlich begleitet ist, weil ich glaube, um so etwas überhaupt abschätzen zu können, wie sich so ein Projekt jetzt, das im Rahmen des Tourismus jetzt geplant ist oder für die Innenstadtbelebung, wie sich das effektiv auswirkt. Bin ich überzeugt, dass das wissenschaftlich begleitet ist. Die Frage ist in die Richtung, ob Sie sich aus finanzieller Sicht vorstellen können, jetzt eben dieser aktuellen wissenschaftlichen Begleitung, vielleicht einfach einmal ein Pilotprojekt zu machen für einen gewissen Zeitraum in Graz, vielleicht auch in einer feinstaubintensiveren Zeit, wo man vielleicht ein Monat oder Streckenabschnitte ausprobiert, wissenschaftlich begleitet und das finanziert, um dann zu betrachten, wie sind dann wirklich die Auswirkungen effektiv und an Zahlen belegt. Können Sie sich das vorstellen?

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Also eine wissenschaftliche Begleitung über die verkehrlichen Auswirkungen bin ich, glaube ich, der falsche Adressat. Was mich interessiert, das ist klarerweise die Frage, wie viel Einnahmen gehen der Holding Linien verloren und ob um deine Anleitung zur Kompensation zu haben. Das ist eben schwierig und wissenschaftlich, wir untersuchen jedenfalls, es werden Befragungen

gemacht von Seiten der Holding Linien, es hat auch eine Zeitung, die Kleine Zeitung, schon eine Befragung gemacht, bei der, glaube ich, wenn ich mich recht erinnere, 15 % der Fahrgäste in dem Bereich tatsächlich durch die Altstadt einen Vorteil gehabt haben, weil sie keine Karte kaufen mussten. Gegenüber Ihrem anderen Vorschlag eines Experiments bin ich äußerst skeptisch, ist sicherlich nicht mein Vorschlag und zwar einfach deshalb, wenn wir sagen, wir lassen jetzt einmal in Graz auch nur in einem Stadtteil oder in der ganzen Stadt einmal alle Leute ein halbes Jahr lang unentgeltlich fahren mit wissenschaftlicher Begleitung, dann können wir uns die wissenschaftliche Begleitung sparen, weil das bleibt dann. Als politisch erfahrener Mensch, wenn ich das so sagen darf, und ich kann das nur noch einmal sagen, ich bin, soweit ich sie kenne, von den verkehrspolitischen Wirkungen nicht überzeugt. Es gibt auch Städte, die das wieder aufgehört haben, in Deutschland etwa. Es gibt durchaus Städte, die solche Teilbereiche, wie wir das gemacht haben, zum Beispiel ist mir eingefallen Seattle in Amerika hat das auch einmal gemacht, eine Zeitlang in der Innenstadt, ich glaube, das ist sehr vernünftig, das ist sehr gescheit, aber gratis ÖV anzubieten, ist klar, wenn man das System dann wirklich auch zeitgemäß mit hoher Attraktivität bezüglich Qualität haben will, das kostet sehr, sehr viel Geld und dieses Geld muss irgendwo herkommen oder man muss es irgendjemandem wegnehmen und da ist in meiner Priorität das eben nicht so hoch angesetzt (*Applaus ÖVP*).

## 6) Buslinie 63

GR. **Haberler** stellt an StR. Mag. (FH) **Eustacchio** folgende Frage:

GR. **Haberler**: Geschätzter Herr Bürgermeister, liebe Zuhörer auf der Galerie und hoher Gemeinderat und Stadtsenatsmitglieder, sehr geehrter Herr Stadtrat Eustacchio! In der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 4. Juli 2012 wurde im

Nachtrag unter Punkt 4. von Herrn GR a.D. Peter Mayr angeführt, dass in Bezug auf die Gelenkbusse und der damit erzwungenen neuen Linienführung der Linie 63 weitere Varianten geprüft werden mögen.

In diesem Zusammenhang stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, die

### **Frage:**

Wie sieht es mit der Prüfung der einzelnen Varianten aus und welche Möglichkeiten können Sie uns präsentieren?

StR. Mag. (FH) **Eustacchio**: Wird ein bisschen länger werden, also, Herr Bürgermeister, ich warne gleich vor, das ist ein bisschen komplex. Ich kann es dann zukommen lassen, aber sonst wird es nicht ausreichen, weil es ein komplexes Thema ist. Grundsätzlich steht die Abteilung für Verkehrsplanung auf dem fachlichen Standpunkt, im Rahmen der notwendigen Prioritätensetzung und im Hinblick auf die Finanzsituation der Stadt Graz prioritär dort ÖV-Angebote zu verdichten und auszuweiten, wo es bereits zu Kapazitätsengpässen kommt, weshalb auch der Gelenkbusseinsatz auf der Linie 63 für den inneren Linienabschnitt von großer Bedeutung ist. Das ist ja immer das Hauptthema dort, nämlich flächenmäßig. Zur vorausschauenden zukünftigen Gestaltung des ÖV-Angebotes unter Berücksichtigung der Stadtentwicklung befindet sich derzeit gerade ein Konzept durch die Abteilung für Verkehrsplanung in Arbeit, das ein stadtweites Ausbaukonzept der Prioritäten zum Inhalt hat. Nach Vorlage dieses Konzeptes wird eine Vorstellung im zuständigen Gemeinderatsausschuss erfolgen, in weiterer Folge werden Überlegungen zur Finanzierung angestellt werden müssen. Grundsätzliches: Es wurden bereits mehrere Varianten als Alternative geprüft. Aus der Holding Graz zur Umlegung der

Endhaltestelle Buslinie 63 mit Gelenkbussen geht hervor, dass es durch die Auflösung der bestehenden Wendeschleife der Linie 63 zu keinen nennenswerten ÖV-Einzugsbereichsverlusten kommt. Die Haltestellen ORF-Zentrum und Marburger Straße entlang der Wendeschleife werden auch zukünftig durch die Linie 64 bedient beziehungsweise werden die Haltestellen Terrassenhaussiedlung und Petersbergenstraße weiterhin durch die Linie 72 und 76U erschlossen. Bei Fahrten stadteinwärts kommt es für die Bewohner der Terrassenhaussiedlung zu keiner Verschlechterung, stadtauswärts muss jedoch eine Station früher ausgestiegen werden. Nachteilig wirkt sich hier insbesondere aus, dass der einst bestehende Fußweg zwischen der Kreuzung Plüddemangasse/Eisteichgasse und der Volksschule in die Siedlung nicht mehr zur Verfügung steht und dadurch Umwege, wenn auch im geringen Ausmaß, anfallen. Eine Wiederherstellung brächte für große Teile der Siedlung eine deutliche Verbesserung. Zusatzinfo: Also die verschiedenen Strecken und damit auch die Erklärung, warum es nicht geht, Marburger Straße, öffentliches Gut, mit Gelenkbussen nicht mehr möglich. Schulzentrum St. Peter, öffentliches Gut, daher auch gut erreichbar, Eisteichgasse steht im Privatgrund, Stadt im Konflikt mit der derzeitigen Nutzung. Parkplatz Terrassenhaussiedlung, Privatgrund, 1.000 Einwohner, problematisch mit der Ablöse. Petrifelder Straße Privatgrund. Privatgrundstücke sind generell das Problem, das wir in diesen Bereichen haben. St. Peter – Peterstalstraße sind 1.280 Meter Differenz, zu kurze Haltestelle, könnte der Bus nicht stehenbleiben. Sternäckerweg, Privatgrund. Also da sind einmal die Varianten ausgelotet worden und die Erklärung, warum es nicht geht. Jetzt zur Problematik allgemein, es wäre keine Variante ohne Umbaumaßnahmen möglich, meistens ist eben Fremdgrund erforderlich zum Ankauf. Aufgrund Punkt 1 und 2 Kurzfristigkeit nicht gegeben, sprich: Verfügbarkeit mit Jänner 2014 nicht möglich. Kosten werden derzeit auf rund 300.000 Euro jährlich geschätzt. Gesichert werden kann man aus heutiger Sicht in Raaba, würde jedoch die Kosten verdoppeln. Dadurch würde in Summe mit anderen Buslinien eine starke Überbedienung und das ist, glaube ich, die Kernaussage, eine starke Überbedienung der St.-Peter-Hauptstraße

gegeben sein und wir brauchen die Mittel, die künftigen, auch für andere Stadtteile. Und darum geht es eben in diesem Gesamten. Die erforderlichen Finanzmittel für das Projekt, in welcher der oben angeführten Varianten auch immer, stehen eben nicht zur Verfügung und daher ist es leider so durchzuführen (*Applaus FPÖ*).

**GR. Haberler:** Jetzt haben wir gehört, dass das teurer wird für uns, wenn man anders führen würde, das ist nicht finanzierbar. Jetzt stellt sich natürlich die Frage, die Linienführung wird jetzt verkürzt. Wie hoch ist die Ersparnis für uns als Stadt Graz, dass man sagt, die Linien müssen weniger Kilometer herunterspulen? Was haben Sie da gemacht, damit wir uns von der Stadt Graz was ersparen (*Applaus ÖVP*)?

**StR. Mag. (FH) Eustacchio:** Die Fragestellung ist so nicht zu stellen, erstens einmal habe ich keinen Einfluss darauf, wie Linienführungen getätigt werden und zum anderen sind die Kosten, die jährlich anwachsen im ÖV-Bereich, so hoch, dass wir froh sind, dass wir die Angebote, die wir jetzt stellen, auch halten können und ich darf noch einen Abschlusssatz sagen. Alle Gemeinderatsfraktionen, die hier in diesem Haus sitzen, haben diesen Beschluss einstimmig gefasst in der Gemeinderatssitzung vom 5. Juli 2012. Ich weiß schon, dass verschiedene Damen und Herren damals noch nicht dabei waren, aber es gibt halt auch diesen Beschluss umzusetzen und das haben wir jetzt hiermit getan oder tun wir hiermit (*Applaus FPÖ*).

## **7) Ordnungswache**

GR. Dipl.-Ing. (FH) **Savernik** stellt an StR. Mag. (FH) **Eustacchio** folgende Frage:

GR. Dipl.-Ing. (FH) **Savernik**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen, werte BesucherInnen auf der Galerie, sehr geehrter Herr Stadtrat Mario Eustacchio! Es kommen vermehrt Beschwerden aus den öffentlichen Parks, da vor allem aus dem Stadtpark, dass die Ordnungswache das Augenmaß im Umgang mit den NutzerInnen des Parks leider verloren hat, dass es zu Strafhandlungen gekommen ist, die wirklich weit über die normalen Tätigkeiten hinausgehen. Ich will nur zwei Kleinigkeiten herausgreifen. Es wurden Menschen bestraft, die die Füße auf den Parkbänken haben, gut man soll es nicht machen, aber es gab eine Bestrafung, das Zweite, vermehrt jugendliche Radfahrer wurden bestraft beim Durchfahren der Nichtradwege, gut, darf man auch nicht machen, aber wenn man schon straft, dann soll man alle gleich behandeln. Wenn nämlich ein Erwachsener durchradelt, wird er nur hingewiesen darauf, dass er nicht fahren darf, Jugendliche werden gestraft.

Daher stelle ich namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion die

### **Frage:**

Welche Maßnahmen gedenken Sie zu setzen, um die Unzufriedenheit betreffend die strafende Vorgangsweise der Ordnungswache in den öffentlichen Parks - insbesondere im Grazer Stadtpark - zu vermindern (*Applaus SPÖ*).

StR. Mag. (FH) **Eustacchio**: Vorweg sollte einmal erwähnt werden, wenn etwas zugetragen wird, in dem Fall damals im Forum Stadtpark mit der Behauptung, auch überprüft werden mit Füßen auf der Bank und Strafe. Aber zum Thema. Die

Ordnungswache ist vom Rechtsweg verpflichtet, für ein geregeltes Miteinander zu sorgen, indem sie Verstöße gegen städtische Verordnungen und sonstige Rechtsvorschriften aufzeigt und gegebenenfalls ahndet. Die Ordnungswache ermahnt, informiert, hilft und klärt auf. Gestraft wird in zweiter Linie, wenn Aufklärung nichts nützt und Ermahnungen missachtet werden. Unzufriedenheit macht sich erfahrungsgemäß bei jenen breit, die wiederholt gegen Rechtsnormen und Verordnungen verstoßen und somit auch öfter Gegenstand von Amtshandlungen werden. Die Amtshandlungen der Ordnungswache sind korrekt und verhältnismäßig. Es sind daher keine Maßnahmen notwendig, um das Handeln der Aufsichtsorgane zu reglementieren. Die Statistik, damit die auch klar ist, im Stadtpark 2013 Jänner bis heute, lautet: Amtshandlungen 5.085, Belehrungen 4.768, Strafen 317, das sind sechs Prozent, damit, glaube ich, sieht man sehr wohl, wie maßvoll hier gearbeitet wird und das ist auch die Grundvoraussetzung und das wissen die Ordnungswachebeamten, nicht Beamten, sondern -mitglieder, dass sie hier maßvoll vorgehen sollen und ich glaube, das beweisen auch diese Zahlen (*Applaus FPÖ*).

GR. Dipl.-Ing. (FH) **Savernik**: Danke für die detailreiche Beantwortung, lieber Mario. Ich sehe das ein bisschen anders und zwar aus der Ordnungswache hört man nämlich, dass da ein gewaltiger Frust entstanden ist. Aus der Ordnungswache hört man, dass mit dem Führungsstil da eindeutig was danebengeht, das heißt, die frustrierten Ordnungswachebeamten lassen diese Frust mittlerweile auf die Bürgerinnen und Bürger aus und dann auf das eingehend, möchte ich die Frage stellen, was machst du in deiner Funktion die Ordnungswache betreffend, um diesen Frust und diese Problematik, die in der Ordnungswache nun aufgeht, dass die gemindert wird (*Applaus SPÖ*)?

StR. Mag. (FH) **Eustacchio**: Es ist natürlich immer so, dass man, wenn man Informationen zugetragen bekommt von Einzelpersonen, hier vorschnell eine Meinung fasst, vor allem, wenn es negative Meinungen sind. Ich empfehle dir, einmal das Gespräch zu suchen mit der Führungsebene des Parkraumservices, weil es ja dort eingegliedert ist und ich glaube, dann kann man sehr schnell erkennen, dass es Einzelpersonen sind, die sich über verschiedene Dinge frustriert fühlen, aber im Gesamten ist das eine gute Stimmung, im Gesamten arbeiten die hervorragend und sind sehr motiviert und das ist also das Schöne und was auch die Menschen in Graz fühlen und empfinden, weil sie eine erhöhte Präsenz zeigen und diesem Sicherheitsbedürfnis auch gerecht werden (*Applaus FPÖ*).

## **8) Beitrag zur Reduktion der Feinstaubbelastung**

GR. **Dreiebner** stellt an StR. Mag.(FH) **Eustacchio** folgende Frage:

GR. **Dreiebner**: Jetzt kommt mittlerweile schon die dritte Frage an den Herrn Stadtrat. Es ist ein bisschen der Ausschuss schuld. Sehr geehrter Herr Stadtrat Eustacchio! Es nähern sich ja jetzt wiederum die Wintermonate, die Winterzeit, das ist die Zeit, in der Graz, die Grazer Bevölkerung mit einer besonders hohen Feinstaubbelastung zu kämpfen hat.

Daher, sehr geehrter Herr Stadtrat, folgende

### **F r a g e**

an Sie: Welchen Beitrag planen Sie in Ihrer Funktion als Verkehrsstadtrat zur Reduktion der Feinstaubbelastung in Graz, insbesondere hinsichtlich einer attraktiven

Angebotsgestaltung bei den Graz Linien, um mehr Menschen für den dauerhaften Umstieg in den öffentlichen Verkehr zu gewinnen, zum Beispiel fahrscheinbezogene Umsteigeaneize, Marketingangebote, Werbemaßnahmen für NeukundInnen und Ähnliches?

StR. Mag. (FH) **Eustacchio**: Herr Gemeinderat! Jawohl, gerne beantworte ich das. Wir haben verschiedenste Angebote im ÖV, um die Anreize zu schaffen, um eben den Umstieg vom Individualverkehr zum ÖV zu attraktivieren. Beginnt mit dem heuer aktuell eingeführten Top-Ticket. Schüler und Lehrlinge können durch den Erwerb eines Top-Tickets um 76.40 Euro 12 Monate lang, sieben Tage, von Betriebsbeginn/Betriebsschluss den ÖV im gesamten Verbund in der Steiermark nutzen, in Graz haben 50 % aller Freifahrtberechtigten dieses Angebot angenommen. Also da sieht man schon, wie dieses Angebot angenommen wurde. Zusatzfinanzierung kam durch Stadt/Land und wir haben also unseren Beitrag hier geleistet. Darüber hinaus ist das Job-Ticket hervorragend angenommen worden. Durch die Job-Ticket-Offensive konnten bereits bis dato über 1.200 Tickets dieser Art verkauft werden, dies ist ein wesentlicher Beitrag zur Reduktion des feinstaubproduzierenden Autoverkehrs. Bim für Zwei, vom 1. November bis 31. März können Jahres- und Halbjahresticket-Besitzer von Montag bis Samstag ab 18.00 Uhr und sonn-und feiertags ganztätig gratis eine Person im ÖV in Graz mitnehmen. AltstadtBim ist auch eine Variante, wo wir meinen, dass der ÖV damit attraktiviert worden ist, dass Menschen darauf hingewiesen werden beziehungsweise empfinden können, wie attraktiv das Nutzen auch der Straßenbahn ist, des ÖV ist. Kombi-Produkt mit E-Mobility: Beim Kauf eines E-Bikes gibt es ÖV-Tickets im Paket, so fährt man auch bei Schlechtwetter oder Kälte nicht mit dem Auto, die Autohausaktion, bringen Sie Ihr Auto zum Service und fahren Sie mit den Öffis zum Einkauf in die Stadt oder zur Arbeit. Und künftig geplant, weil das ist für Sie dann natürlich auch noch

interessant dazu, 2014 wird es von den Graz-Linien einen weiteren Vertriebskanal für den Verkauf von Tickets geben, über einen Web-Shop kann man einfach und bequem von zu Hause aus Tickets lösen. 2014 wird es eine Aktion für Studenten, die ihr Studium beendet haben, geben. Sie bekommen zum Einstieg in die Berufslaufbahn ein Monatsticket für die Zone 101 gratis und 2014 wird es einen Mobilitätsbeitrag für den ÖV bei Wohnbauvorhaben zur Stellplatzreduktion und Änderung des Mobilitätsverhaltens hin zur sanften Mobilität geben.

Aus Sicht der Abteilung für Verkehrsplanung haben derzeit Maßnahmen im Fahrplanangebot höhere Priorität als reine Marketingangebote, da die Kapazitätsgrenzen auf einigen Linien bereits erreicht werden und ein Umstieg mit noch so günstigen Tickets aufgrund von Überfüllungen nicht attraktiv ist. Die Abteilung für Verkehrsplanung spricht sich dafür aus, mit erster Priorität bestehende Kapazitätsengpässe zu beseitigen, Linie 4/5, Einschubbusse Don Bosco zum Jakominiplatz und in weiterer Folge begleitend zur Stadtentwicklung das Liniennetz auszuweiten, dafür ist aber die Bereitstellung natürlich, wie üblich, der erforderlichen Mittel notwendig (*Applaus FPÖ*).

GR. **Dreisiebner**: Herr Stadtrat, ich finde es schon besonders lustig, dass man in den Bereichen, wo man am stärksten ausgelastet sind, nämlich in der direkten Innenstadt jetzt praktisch die fahrscheinlose, die Gratis-ÖV-Altstadtbim anbietet, damit lasse ich das schon bewenden. Ich finde es auch toll, dass man in Bezug auf neue Vertriebskanäle und Web-Shop für den Fahrkartenkauf, dass man Angebot für Studienabgänger beziehungsweise BerufseinsteigerInnen usw. schafft, dass man im Bereich der BewohnerInnenschaft Mobilitätsangebote setzt, finde ich alles toll. Aber Sie wissen, im Gegenzug ist zum Beispiel auch der Mobilitätsscheck reduziert, das heißt, der Studienabgänger, die Studienabgängerin bekommt ein Jahr frei, wie gesagt, sehe ich positiv, der Studierende, die Studierende hat eine sehr hohe, bis zu 50-%ige,

Kostensteigerung leider zu tragen. Ja, ich komme schon zur Frage. Aus der jetzt gerade eben über die Bühne gegangenen Erhöhung der Parkraumtarife und Zonentarife sind ja Mehreinnahmen laut Medienberichten von 4,5 bis 5 Millionen im Jahr zu erwarten und ich frage Sie jetzt abseits des öffentlichen Verkehrsangebotes, das haben Sie sehr ausführlich dargestellt, was planen Sie noch, um die Automobilität zu verringern beziehungsweise die Feinstaubemissionen durch Automobilität geringer zu gestalten (*Applaus Grüne*)?

StR. Mag. (FH) **Eustacchio**: Die zusätzlichen Einnahmen aus dem Parkraum fließen ohnehin in den ÖV. Wir müssen ja die Angebote, die wir zusätzlich gegeben haben, gewährt haben, Taktverdichtungen, Frequenzerhöhungen, finanzieren und dahingehend war das sowieso notwendig, damit wir das weiterhin finanzieren können. Darüber hinaus ist auch finanziert worden damit die Planung für den Ausbau der Linie 3 in das Gebiet Reininghaus, das natürlich dann eine massive Verbesserung und Erleichterung bringen wird und auch das Nutzen des Automobils also drastisch senken wird. Wir sind in Verbindung mit dem LKH, damit dort auch die notwendigen Anreize geschaffen werden, das Auto stehen zu lassen und wirklich umzusteigen auf den ÖV, weil wir dort ja auch einen erhöhten Parkdruck haben. Also auch das wird dazu beitragen, dass wir den Individualverkehr reduzieren. Das sind die Maßnahmen, die wir in der jetzigen Phase lenken, leiten können und vor allem auch finanzieren können. Darüber hinaus haben wir derzeit keine Mittel, um weitere Tätigkeiten zu betreiben (*Applaus FPÖ*).

## 9) Buslinie 63 St. Peter

GR. **Eber** stellt an StR. Mag. (FH) **Eustacchio** folgende Frage:

GR. **Eber**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Stadtrat! Der Kollege Stefan Haberler hat ja dankenswerter Weise dieses Thema schon aufgegriffen, deswegen brauche ich jetzt nicht mehr viel dazu sagen. Sie werden verstehen, dass wir bei allem Verständnis mit Ihrer Antwort natürlich nicht besonders glücklich waren.

Meine

### **F r a g e**

ist daher ganz kurz: Welche konkreten Maßnahmen sind Ihrerseits geplant, um den Grazer Südosten mit dem öffentlichen Verkehr besser anzubinden? Ich denke vor allem, wir haben ja in dem Bereich doch sehr viele neue Bauprojekte gehabt, es waren auch ein paar Bebauungspläne da im Gemeinrat drinnen, es geht ja darum, dass dieses kleine Einkaufszentrum da unten beim Obi herum dort ja auch bestimmte Pläne hat und natürlich da der Anschluss an den öffentlichen Verkehr durchaus wünschenswert wäre.

Bgm. Mag. **Nagl**: Herr Stadtrat, ich darf dich bitten, auf die Glücksgefühle vom Herr Gemeinderat Eber einzugehen.

StR. Mag. (FH) **Eustacchio**: Ich werde versuchen, bezweifle aber, dass ich sie voll erfüllen kann die Erwartungshaltung. Herr Gemeinderat, zuvor, Sie waren selbst dabei im letzten Jahr, das abzustimmen, also das muss man auch einmal festhalten, da haben Sie sich hoffentlich wie alle anderen, die hier mit abgestimmt haben,

eingehend mit dieser Thematik beschäftigt und ich glaube, damals ist es schon ausgeführt worden, dass es eben leider zu keiner anderen Lösung kommen kann. Die Abteilung Verkehrsplanung und auch die Holding Graz Linien haben eben bestätigt, dass dieses Gebiet aus der Betrachtung der Holding gut erreichbar ist und gut erschlossen ist. Im Gegensatz zu anderen Bereichen der Stadt Graz, wo wir sicherlich mehr Augenmerk hinlenken müssen. Natürlich ist es immer problematisch, wenn ich als betroffene Person auf einmal einen etwas weiteren Weg zu gehen habe, aber es sind Wege, die zumutbar sind, das ist das eine. Zum anderen, was haben wir vor? Ich kann Ihnen eben nur noch einmal bestätigen, wir lassen gerade gemeinsam mit der TU Graz, das ist ein gemeinsames Projekt, alle Verkehrswege, die über den Bus laufen, über den ÖV laufen, prüfen und überprüfen, ob wir eine Optimierung zusammenbringen können. Da fließt natürlich auch dieses Gebiet ein, aber darüber kann ich noch nichts berichten, weil das erst begonnen hat. Aber hier wird natürlich mitberücksichtigt, ob es hier Optimierungsmöglichkeiten gibt. Platzmäßig mit einem Gelenksbus schaffen wir eben die diversen Radien nicht und das hat eben letztlich zu dieser Verkürzung der Strecke geführt (*Applaus FPÖ*).

GR. **Eber**: Verzichte auf eine Zusatzfrage und freue mich schon auf die Frage von Herrn Schimautz.

**10) Errichtung eines ampelgeregelten Fuß- und Radwegüberganges bzw. einer Straßenbahnhaltestelle Münzgrabenstraße/Münzgrabengürtel**

GR. Dipl.-Ing. (FH) **Schimautz** stellt an StR. Mag. (FH) **Eustacchio** folgende Frage:

GR. Dipl.-Ing. (FH) **Schimautz**: Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Stadtrat Eustacchio! Meine Frage bezieht sich auf die Errichtung der Straßenbahnhaltestelle beziehungsweise des Fußgängerüberganges und Radfahrüberganges in der Münzgrabenstraße/Münzgrabengürtel. Es hat ja dazu schon ein konkretes Vorprojekt, damals noch unter der Stadträtin Lisa Rücker, gegeben, es gibt positiv beantwortete Bezirksratsanfragen, das konkrete Vorprojekt und natürlich auch der Bedarf wurde genau analysiert und erhoben. Die einzige Frage, die jetzt noch offengeblieben ist, ist, wann dieses Projekt in der Priorität nun kommen soll beziehungsweise, wenn dieser Termin noch nicht feststeht, wann es zu dieser Prioritätsordnung kommen wird?

StR. Mag. (FH) **Eustacchio**: Herr Gemeinderat, es ist möglicherweise so, dass es Ihrer geschätzten Aufmerksamkeit entgangen ist, dass genau diese Frage bereits zu diesem Thema in der Gemeinderatssitzung am 25. April heurigen Jahres gestellt wurde und zwar von der Frau Gemeinderätin Thomüller. Der von Ihnen angesprochene Antrag des Bezirksrates Jakomini vom August dieses Jahres wurde genau wie der Gemeinderatsantrag von Seiten der Verkehrsplanung keinesfalls positiv beantwortet. Des weiteren geben Sie mir sicher Recht, dass eine budgetäre Freigabe für ein Projekt nur dann erteilt werden kann, wenn auch Geldmittel vorhanden sind. In diesem Fall stehen aber keine Geldmittel zur Verfügung. Die Kosten für die Errichtung einer Haltestelle betragen 740.000 Euro und für eine voraussichtlich notwendige zusätzliche Straßenbahn, weil wir sonst mit der Taktfrequenz nicht mehr zurechtkommen, Fahrzeuge und Betriebsstunden, weitere 300.000 Euro. Details übermittle ich Ihnen dann gerne noch, das würde den Rahmen sprengen. Derzeit ist die Errichtung eines Schutzweges aufgrund der Fußgängerfrequenz noch nicht gegeben. Dies wird sich aber wahrscheinlich in Zukunft ändern. Ein Schutzweg in dieser Dimension kann nur in Verbindung mit einer Druckknopfampel errichtet werden. So müssen die Errichtungskosten mit zirka 80.000 Euro veranschlagt werden.

Diese Summe dürfte sich allerdings etwas erhöhen, da in diesem konkreten Fall die Druckknopfampel mit den Ampeln Münzgrabenstraße/Moserhofgasse und Münzgrabenstraße/Steyrergasse koordiniert werden müssen, um zusätzlich eine ÖV-Beeinflussung und natürlich auch für den Individualverkehr eine Beeinflussung treffen würde. Und gerade in dieser Straße haben wir ein erhöhtes Verkehrsaufkommen Richtung stadtauswärts oder in der Früh stadteinwärts, das heißt, noch eine zusätzliche Druckknopfampel wäre einfach fatal für diese Verkehrssituation, das heißt, ein klares Nein (*Applaus FPÖ*).

GR. Dipl.-Ing. (FH) **Schimautz**: Bezüglich der Interpretation des Zusatzwagens gibt es natürlich unterschiedliche Ansichten. Wurde auch festgehalten, dass durch die Unterführung, die geschaffen wurde beim Bahnhof, diese Zeit auch wettgemacht wird, sodass kein weiterer Waggon stattfinden muss, also diese Aussage gibt es auch. Bezüglich Ihres Schreibens, ich habe mir das ganz genau durchgelesen, was Sie im August da dem Bezirksrat geantwortet haben. Da ist schon sehr konkret auch angeführt, und ich habe das Schreiben auch da, wir können das gemeinsam auch durchlesen, dass gerade, was den Rad- und den Fußweg anbelangt, da eine konkrete Umsetzung schon damit in Aussicht gestellt wurde und darauf bezieht sich auch meine Zusatzfrage: Können Sie sich vorstellen, und wir schauen uns das gerne gemeinsam nochmals durch in der Beantwortung, dass rein dieser Rad- und Fußweg, weil wenn man dort, und ich gehe jeden dort vorbei, sich anschaut, wie sich die Leute da über die Straße drüberschlingeln, mit welchem Gefahrenpotential, können Sie sich vorstellen, dass man dieses Projekt losgelöst vom Straßenprojekt macht und so würden Sie das Ihrer Priorität in Summe sehen, unabhängig einmal von den budgetären Mitteln?

StR. Mag. (FH) **Eustacchio**: Herr Gemeinderat, die Frage, die kann ich Ihnen so gar nicht beantworten, da müsste ich wieder Rücksprache halten mit der Verkehrsplanung bezüglich der Machbarkeit und es gibt ja einen genauen Prioritätenkatalog, den die Verkehrsplanung tätigt und da ist mir nichts bekannt, dass es in die Richtung einen Weg gibt. Das heißt nicht, dass ich es ausschließe für die Zukunft, aber ich weiß, dass es in diesem beziehungsweise im nächsten Jahr nicht geplant ist (*Applaus FPÖ*).

## **11) Deutschkursangebot in Graz**

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Polz-Watzenig** stellt an StR. **Eisel-Eiselsberg** folgende Frage:

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Polz-Watzenig**: Einen schönen guten Tag allerseits! Gemeinsam mit der Frau Landesrätin Vollath haben Sie, Herr Stadtrat, vor kurzem gemeinsam mit dem Österreichischen Integrationsfonds Anfang Oktober die Initiative "Startpunkt.Deutsch" vorgestellt. Laut Homepage ist das eine zentrale Anlaufstelle, und eine Datenbank in Zukunft soll es dort auch geben, um die Nachfrage zu koordinieren und die Angebote für die Deutschkurse; alles eigentlich eine recht gute Geschichte. Aufgekommen ist aber folgendes Problem, dass die Lehrenden und die NGOs massiv verunsichert sind, da sie leider in Reformpartnerschaftsmanier vorher nicht eingebunden worden sind beziehungsweise informiert worden sind, sondern ähnlich wie auch die Beamten im Land aus den Medien davon erfahren haben, was auf sie zukommen wird. Sie wussten, dass es geplant ist, da hat es eine Info-Veranstaltung gegeben, aber worauf ich jetzt konkret hinaus will, ist: Wie Sie wissen, muss man um Deutschkurse anzubieten als NGO, Räume zur Verfügung stellen, man muss Arbeitsplätze disponieren, man muss ein Budget letztendlich auch erstellen und diese Planbarkeit ist nicht mehr gegeben, wenn das zentralisiert wird. Ich habe auch

die Frau Landesrätin bei einem Termin darauf angesprochen und habe gesagt, wie wird das sein, werden die zugewiesen? Nein, es wird niemand zugewiesen. Wie sollen sie dann wissen, wo sie den Deutschkurs machen, ja das haben wir uns noch nicht gefragt, aber das werden wir schon noch machen. Nur eben diese Fragestellungen, die noch nicht gestellt worden sind, stellen sich jetzt die NGOs, die müssen für das nächste Jahr gerade Budgets machen. Wie Sie wissen, sind das Arbeitsplätze in einer prekären Situation, sehr viel Frauenarbeitsplätze, wenig Karrierechancen, ziemlich wenig Aufstiegschancen, Teilzeitarbeitsplätze, die sind jetzt einfach massiv gefährdet und da wäre es jetzt natürlich als Stadt Graz lobenswert, wenn man da ein bisschen eine Orientierung ausgeben würde, das würden wir uns zumindest wünschen, deswegen auch die

### **Frage:**

Welche Auswirkungen hat die neue Initiative „Startpunkt Deutsch“ auf die Zusammenarbeit der Stadt Graz mit jenen NGOs, die in Graz Deutschkurse anbieten (*Applaus Grüne*)?

StR. **Eisel-Eiselsberg:** Sehr geehrte Frau Gemeinderätin! Also zunächst möchte ich einmal schon auf Ihre Einleitung zurückkommen. Wenn Sie da vom Drüberfahren oder vor vollendete Tatsachen Stellen sprechen, ist das einfach aus meiner Sicht zurückzuweisen. Wie Sie richtig sagen, ist es im Vorfeld kommuniziert worden, dass es ein derartiges Projekt gibt und wenn Sie in Ihrer schriftlichen Anfrage meinen, das ist nicht ausreichend kommuniziert, dann kann ich dazu nur sagen, der Projektstart war ja erst am 1. Oktober, wo den Anbieterinnen und Anbietern konkret das Vorhaben vorgestellt wurde. Dort wurde bereits gesagt, dass es einen strukturierten Dialog mit den einzelnen Organisationen geben wird, um zum Beispiel Fragen wie

Qualitätskriterien, Wirkungsziele, Evaluation und Dergleichen einvernehmlich festzulegen, wie wir vorgehen werden. Zumindest drei Termine wurden dafür in Aussicht gestellt, der erste ist am 29.10. Heute zu behaupten, es wird nicht ausreichend kommuniziert, kann ich nur sagen, das stimmt so nicht, wir haben ja erst begonnen mit den Projekten und wir werden ausreichend miteinander kommunizieren und dieses neue Projekt auch möglichst einvernehmlich auf die Beine stellen. Das Ziel ist aus meiner Sicht klar und unumstritten, wir möchten, dass es eine Planbarkeit für Politik und Verwaltung gibt, wir möchten, dass selbstverständlich auch für die Anbieterorganisationen eine Planungssicherheit gegeben ist, und diesen Sidestep von Ihnen unter Hinweis auf ein Gespräch mit der Frau Landesrätin kann ich jetzt nicht kommentieren. Ich kann mir fast nicht vorstellen, dass sie das geantwortet hat, weil wir wissen sehr genau, wohin wir wollen, nämlich, dass jeder einzelne Kursteilnehmer und jede einzelne Kursteilnehmerin im richtigen Kurs sitzt, dass sie nicht über- oder unterfordert ist und dass sie, was ja unser aller Ziel ist, aber natürlich das Ziel des Kursteilnehmers ist, möglichst rasch, möglichst gut Deutsch lernt. Jetzt daraus abzuleiten, dass irgendeine Organisation daraus Nachteile haben wird, auch in der Zusammenarbeit mit der Stadt Graz, kann ich so überhaupt nicht bestätigen, im Gegenteil, ich erwarte mir bessere Planungssicherheit für die Organisationen in Zukunft (*Applaus ÖVP*).

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Polz-Watzenig**: Ich bedanke mich jetzt einmal für die teilweise Beantwortung. Wie Sie wissen, die NGOs machen jetzt die Budgets für das nächste Jahr, wenn das im Juli starten soll und man im Juli dann wissen wird, wie viel Deutschkurse gebraucht werden, kann man nicht wirklich von Planungssicherheit sprechen. Ich freue mich, dass sie miteingebunden werden, für mich ist nur die Frage jetzt, werden Sie sich dafür einsetzen, dass Arbeitsplätze, prekäre Arbeitsplätze, die

es ohnehin sind, in diesem Bereich erhalten bleiben werden in der Zusammenarbeit mit den NGOs? Das würde ich mir wünschen.

StR. **Eisel-Eiselsberg**: Also ich kann überhaupt nicht heute behaupten, jeder, der das tut, das ist eine reine Mutmaßung, dass es in Zukunft weniger Kurse geben wird, warum sollte es weniger Kurse geben? Das wird es nicht geben, das heißt, kann ich auch nicht unterstellen, dass irgendjemand einen Nachteil haben wird. Es wird das Angebot der Kurse viel strukturierter sein, es wird im Gegenteil dazu vielleicht nicht Wartelisten geben, wo hundert Leute auf einer Warteliste stehen, in Wahrheit aber sich bei fünf Organisationen angemeldet haben, so wie seinerzeit einmal bei den Kindergartenanmeldungen in den Vorjahren, wo auf einmal 1000 Plätze gefehlt haben. Letztendlich aber dann vielleicht 200 waren und die wir auch noch gut erledigen konnten, also das ist alles Mutmaßung, dass da irgendjemand unter die Räder kommt. Ich wiederhole, ich glaube für alle Beteiligten, Politik, Verwaltung, für die Organisationen selbst, aber insbesondere diejenigen, die die Deutschkurse besuchen, wird es eine Verbesserung geben (*Applaus ÖVP*).